

Aktenzeichen
Sachgebietsleiterin 51

Kitzingen, 18.10.2023

Federführung: Sachgebiet 51

Vorlage-Nr.: SG 51/304/2023

Bearbeiter: Pamela Schlereth

Tel.Nr.: 09321 928 5100

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Ausschuss für Jugend und Familie	öffentlich / Information	09.11.2023

Jugendkreistag 2023;

Ergebnisse

Anlagen:

Anlage 1, Protokoll des Jugendkreistages 2023

Anlage 2, Präsentationen der beteiligten Schulen

Anlage 3.1, Stellungnahme Herr Kohler, Gesundheitsamt, zu Thema 1

Anlage 3.2, Stellungnahme Herr Matingen, Kommunale Abfallwirtschaft, zu Thema 2

Anlage 4, Artikel von unserer Homepage vom 06.02.2023

I. Vortrag:

Beim 27. Jugendkreistag am 01.02.2023 nahmen 70 Jugendliche von 8 Schulen aus dem gesamten Landkreis als „Jugendkreisrätinnen“ und „Jugendkreisräte“ im großen Sitzungssaal des Landratsamtes teil.

Sie hatten sich in diesem Jahr zu den Themen „Cannabis Legalisierung – sicher und verantwortungsvoll, aber wie?“ und „Müllvermeidung und nachhaltiger Konsum – was leisten wir?“ in ihren Arbeitsgruppen an den Schulen auf den Jugendkreistag vorbereitet und Beschlussvorschläge erarbeitet (Anlage 1, Protokoll und Anlage 2, Präsentationen).

Das Konzept der Jugendkreistage der Vorjahre – sich in Kleingruppen zu den verschiedenen Themen auszutauschen – wurde aufgrund der Ungewissheit im Hinblick auf pandemiebedingte Vorgaben bereits im Vorjahr geändert und aufgrund der damaligen positiven Resonanz zum geänderten Ablauf entsprechend beibehalten, sodass zu den jeweiligen Themen als Einstieg der Vortrag eines Experten gehört wurde und anschließend die Anträge von den Schülern präsentiert und in großer Runde diskutiert wurden.

1. Cannabis Legalisierung – sicher und verantwortungsvoll, aber wie?

Mit diesem Thema beschäftigten sich die Schülerinnen und Schüler der folgenden Schulen

- Egbert-Gymnasium Münsterschwarzach
- Realschule Dettelbach
- Gymnasium Marktbreit
- Gymnasium Steigerwald-Landschulheim Wiesentheid

Nach einem Vortrag von Herrn Uwe Kohler, Fachkraft i. S. Soziale Beratung am Gesundheitsamt Kitzingen, mit allgemeinen Informationen zu der vorgesehenen Legalisierung des Cannabiskonsums und zu den Auswirkungen des Konsums auf Jugendliche sowie der Vorstellung vorhandener Präventionsprogramme, die durch ihn betreut werden, wurden von den Schülerinnen und Schülern ihre Ideen zu dem Thema präsentiert.

Sie äußerten hier u. a. ihren Wunsch nach Aufklärungsangeboten für Schulen sowie Anlaufstellen für Betroffene und diskutierten das Erfordernis der Einführung einer deutschlandweiten Datenbank oder eines Cannabisausweises.

Mit dem Wunsch nach einem - teils auch verbindlichen - Suchtpräventionsprogramm für die Schulen, welches durch den Landkreis zu finanzieren sei, befassten sich die Anträge der folgenden Schulen: Egbert-Gymnasium Münsterschwarzach, Gymnasium Marktbreit und Gymnasium Steigerwald-Landschulheim Wiesentheid.

Darüber hinaus wurden folgende Anträge von dem Gremium beschlossen:

- der Antrag zur Weiterbildung von ausgebildetem Fachpersonal der Realschule Dettelbach,
- der Antrag für mehr Anlaufstellen für Betroffene im Landkreis Kitzingen des Gymnasiums Marktbreit und
- der Antrag, keine Verkaufsstellen in der Nähe von Jugendeinrichtungen zu erlauben, des Gymnasiums Steigerwald-Landschulheim Wiesentheid.

Bewertung der Landkreisverwaltung:

Zum Antrag und dem Wunsch nach Finanzierung von Präventionsprogrammen für Schulen durch den Landkreis Kitzingen äußerte sich Herr Kohler als Ansprechpartner beim Gesundheitsamt Kitzingen für diese Programme im Rahmen der Veranstaltung direkt und wurde auch nochmals im Nachgang um seine Einschätzung gebeten (Anlage 3.1). Von Herrn Kohler wurden den „Jugendkreisrätinnen“ und „Jugendkreisräten“ die bereits bestehenden – teils in Zusammenarbeit mit der Polizei stattfindenden – Angebote vorgestellt. In diesem Rahmen wurde auch auf die Liste mit Präventionsangeboten auf der Homepage des Landratsamtes hingewiesen. Aufgegriffen wurde auch die Problematik einer für alle verbindlichen Veranstaltung. Zu den Punkten der Weiterbildung und Schulung von Fachpersonal, welches diese Präventionsprogramme durchführt, konnte Herr Kohler ebenfalls einen Einblick gewähren. Demnach konnte Herr Kohler den „Jugendkreisrätinnen“ und „Jugendkreisräten“ im direkten Austausch aufzeigen, welche der von ihnen gewünschten Anträge bereits umgesetzt werden.

Zu dem befürworteten Antrag, welcher sich mit den Rahmenbedingungen zu den Verkaufsstellen von Cannabisprodukten beschäftigt hatte, konnte ebenfalls im Verlauf des Jugendkreistages rückgemeldet werden, dass im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens dieser Punkt aufgegriffen wurde und ein Verbot von Verkaufsstellen in der Nähe von Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen oder Kindertageseinrichtungen vorgesehen ist.

2. Müllvermeidung und nachhaltiger Konsum – was leisten wir?

Mit diesem Thema setzten sich die Schülerinnen und Schüler des Armin-Knab-Gymnasiums Kitzingen, der Staatlichen Berufsschule Kitzingen, der Wirtschaftsschule Kitzingen und der Staatlichen Realschule Kitzingen auseinander.

Vorab gab Herr Andreas Matingen, Sachgebietsleitung Kommunale Abfallwirtschaft des Landratsamtes Kitzingen, einen Einblick in diesen Themenbereich und stellte den Anwesenden interessante Informationen und Daten für den Landkreis Kitzingen vor.

Dem Antrag des Armin-Knab-Gymnasiums Kitzingen mit dem Auftrag zur Überprüfung i. S. Machbarkeit und Ermittlung des Bedarfs im Landkreis Kitzingen für Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Orten wurde mehrheitlich zugestimmt. Darüber hinaus sollten die Gemeinden und die Öffentlichkeit in die Entwicklung eines möglichen Konzepts eingebunden werden. Zu diesem Punkt konnte den „Jugendkreisrätinnen“ und „Jugendkreisräten“ von den anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräten mitgeteilt werden, dass hier auch die Kommunen vor Ort zuständig sind und eine Überprüfung anstoßen können.

Bewertung der Landkreisverwaltung:

Zu diesem Antrag wird eine Stellungnahme des Sachgebietes „Umwelt, Natur und Landschaftspflege“ eingeholt.

Ebenfalls vom Armin-Knab-Gymnasium Kitzingen wurde beantragt, dass der Kreistag eine verbesserte und nachhaltige Aufklärung und Information zum Thema „Müllvermeidung und –trennung“ in den Schulen unterstützt. Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Bewertung der Landkreisverwaltung:

Hier wird auf die Ausführungen von Herrn Matingen, Sachgebietsleitung Kommunale Abfallwirtschaft des Landratsamtes Kitzingen verwiesen (Anlage 3.2).

Die Vertreterinnen und Vertreter der Berufsschule Kitzingen-Ochsenfurt forderten, dass der Kreistag sich für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einer Trinkflasche für Wasserspender und Brotdosen einsetzen sollte. Von Schülerinnen und Schülern anderer Schulen wurde berichtet, dass dort bereits Trinkflaschen im Einsatz sind.

Bewertung der Landkreisverwaltung:

Zur Möglichkeit der Anschaffung von Trinkflaschen und Brotdosen für die Schülerinnen und Schüler wurde das Sachgebiet „Schulen“ befragt. Diese Stellungnahme wird im Rahmen des Ausschusstermins nachgereicht.

Der Antrag der Staatlichen Realschule Kitzingen, welcher die Einführung von Schultablets zum Gegenstand hatte, wurde ebenfalls angenommen. Im Verlauf der anschließenden Diskussion zu dieser Thematik stellten die Anwesenden fest, dass bereits an einigen der anwesenden Schulen eine Umsetzung erfolgt.

Bewertung der Landkreisverwaltung:

Der Kauf von Schultablets für alle Schulen des Landkreises ist aufgrund der unterschiedlich ausgestalteten Landschaft an Schulsachaufwandsträgern nicht möglich. Jedoch wurde im Zuge der Recherchen rückgemeldet, dass es bereits einige Schulen gibt, die entsprechend ausgestattet sind und für die Anschaffung auch Fördermittel von Seiten des Freistaates Bayern in den Vorjahren aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen gewährt wurden. Zudem gäbe es Schulen, die die Umsetzung pilotieren sollen.

Ein weiterer Antrag der Staatlichen Realschule Kitzingen, welcher vom Gremium angenommen wurde, hatte die Ausstattung von Schulen mit Solaranlagen zum Gegenstand. Hier wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Austausch mit den Kreisrätinnen und Kreisräten mitgeteilt, dass über spezielle Förderprogramme die Schulen bzw. die Schulsachaufwandsträger bereits Unterstützung erhalten.

Die von den „Jugendkreisrätinnen“ und „Jugendkreisräten“ abgelehnten Anträge können dem Protokoll (Anlage 1) entnommen werden.

Auf die Präsentationen der einzelnen Schulen (Anlage 2) sowie den Presseartikel der Main Post (Anlage 1) und auf den Artikel der Homepage des Landratsamtes (Anlage 4) wird hingewiesen.

Tamara Bischof
Landrätin